

Photographische Apparate für Amateur- und Profanisten gratis und franco. Carl Plaul, Dresden, Wallstrasse 25. Fernspr.-Ant. 1, No. 167.

# Dresdener Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stüd.

**Buchbindererei für Massenproduktion u. Privatarbeit.**  
Anfertigung einfachster wie eleganterer Bände, Lederarbeiten etc.  
König-Johannstr. 15. G. H. Rehfeld & Sohn, Hauptstr. 24.

Photographische Apparate für Amateur- und Profanisten gratis und franco. Carl Plaul, Dresden, Wallstrasse 25. Fernspr.-Ant. 1, No. 167.

**W. F. Seeger, Dresden-N.**  
Kasernenstrasse 13, Fernspr.-Amt II, Nr. 2153.  
Weinhandlung und Champagner-Fabrik,  
Wein- und Probirstube.  
Kommissionär für Originalproben in allen größeren Orten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versandt frei.

**Tuch-Handlung.**  
Einzel-Verkauf zu billigen, festen Preisen.  
Schreibergasse 2.

**Waschstoffe**  
bester Qualität zu Herren- und Knaben-Anzügen.  
J. Unbescheid & Sohn

Zum Einkochen von Gemüse und Früchten empfohlen.  
**Schiller's Conserve-Büchsen**  
(deutsches R.-P. Nr. 4332).  
Wilh. Rühl & Sohn, Königl. Hoff.,  
Neumarkt II, Fernspruchstelle 1110.

**Deutsche und englische Reise-Anzugs-Stoffe, sowie leichte, elegante Anzugs-Stoffe für den Hochsommer**  
empfehlen in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, Marienstrasse 20 (drei Raben).**

**Nr. 197. Spiegel:** Verändertes Verhältnis zwischen Regierung und Centrum. Hofnachrichten. Eröffnung der Markthalle, Volkswirthschaftliche Bräutigamweibe, Abreise der Ferienkolonien, Dresdener Halbe, Personenverkehr, Bauernfänger, Journalisten- und Schriftsteller-Verfassungen. **Sonntag, 16. Juli.**

**Politisches.**  
Die schwerste Niederlage hat durch die Neuwahlen, welche eine Verkleinerung der parlamentarischen Machtverhältnisse zu Gunsten der nationalen Parteien herbeigeführt haben, das Centrum erlitten. Die numerische Schwächung desselben ist zwar nur unerheblich. Vor der Auflösung des Reichstages zählte die Fraktion 107 Mitglieder, darunter 6 Welfen als Hospitanten. Jetzt verfügt sie nur noch über 99 Mitglieder, unter denen sich 4 welfische Hospitanten befinden. Der Verlust von 8 Mitgliedern erscheint unbedeutend, wenn man berücksichtigt, daß die Partei schwere innere Kämpfe während der Wahlbewegung zu bestehen hatte, die den Centrumsstamm, der 21 Jahre lang allen Stürmen unerschütterlich stand gehalten hatte, in bedenkliches Wanken brachte. Die Niederlage der Ultramontanen befand sich daher nicht sowohl in der Einbuße einiger Mandate, sondern in dem Verlust ihrer ausschlaggebenden Stellung im Reichstage. Centrum ist Trumpf! war das Lösungswort im letzten Reichstag. In allen wichtigen Fragen war es früher die Haltung der liberalen Partei, von welcher die Entscheidung abhing. Die Parteileitung war sich dessen vollkommen bewußt, so lange das Schicksal der Militärvorlage vor der Abstimmung des 6. Mai in der Schwebe hing. Annahme wie Ablehnung des Antrages Quene lag in der Hand des Centrums. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Centrumsführer vor der Auflösung des Reichstages bis zur letzten Stunde gehofft hatten, die Regierung werde ihnen mit einem annehmbareren Angebot entgegenkommen, um damit die Zustimmung eines ausreichenden Theiles der Ultramontanen zur Militärvorlage zu erwirken. Ein solches Angebot erfolgte aber nicht. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion stimmte gegen den Antrag Quene, in der Hoffnung, daß auch in dem neuen Reichstage das Centrum nach wie vor die ausschlaggebende Partei bleiben und die Regierung schließlich genöthigt sein werde, mit denselben in Unterhandlungen zu treten. Diese Hoffnung ist arg enttäuscht worden. Die Folge der Wiedersehen Politik ist die Annahme der Militärvorlage ohne und gegen das Centrum. Damit hat dasselbe zugleich seine ehemalige Hochstellung im Parlamente eingebüßt und aufgehört, einen entscheidenden Einfluß auf die weitere Gestaltung der Regierungspolitik auszuüben.

vor den Kopf zu stoßen. So hat, um den Einfluß seiner aristokratischen Hilfsgruppe auf die Männer des neuen Kuries zu stärken, im Sommer 1890 das ganze Centrum zu Gunsten der damals von der Regierung geforderten Erhöhung der Lebensversicherung um 18,474 Mark angeboten, zugleich aber, wie die „Volks-Zeitung“ schreibt, die Empfindlichkeit der liberalen Demokraten durch seine Verlogenheit, auf die zweijährige Dienstzeit bezüglichen Resolutionen beizuhalten, auf die den Seiten eines Widerstandes gegen weitergehende Regierungspläne erweisen sollten. Windthorst wäre es ein Leichtes gewesen, das Fraktionsgeschäft an den Lippen der Militärvorlage gefahrlos vorbeizuleiten. Die sich nach ihm abmühten, das Steuer zu führen, die Ballesteren, Quene und Vöckel, waren ihrer schwierigen Aufgabe nicht gewachsen und vermochten es nicht zu verhindern, daß es in die Hände des Dr. Lieber gerieth. Wäre es nach jenen aristokratisch-sonderbareren Führern gegangen, dann hätte ein erheblicher Theil des Centrums für den Antrag Quene gestimmt und damit der Partei einen vielleicht für die nächste Zukunft unerträglichem Einfluß auf die Regierungspolitik gesichert. Freiberger von Quene, der persönlich sowohl beim Kaiser durch seinen Bruder als auch beim Grafen v. Caprivi sehr gut anziehbar ist, hätte alsdann in manchen Verhandlungen des Centrums verwickelten helfen können. Wer weiß, ob nicht alsdann ein Volkschuldenentwurf in Preußen wiedergeführt wäre und dann auch Gehör erlangt hätte. Durch Dr. Lieber's ungeschickte Leitung ist der sonderbarerweise des Centrums und schließlich die ganze Partei selbst fast geteilt worden. Daran wird nicht das Mindeste dadurch geändert, daß die Fraktion einstimmig versichert, das Centrum habe noch immer fest auf dem Boden der von Mallinckrodt und Windthorst angegriffenen Grundzüge. Auf die programmatische Festlegung der Grundzüge kommt bei einer von in der Hauptsache leitenden ultramontanen Gesinnung Partei wenig oder gar nichts an, sondern die Hauptsache ist die geschickte Führung. In der von dem Grafen Dompf nur wenigen Tagen im Reichstage verlesenen Erklärung der Centrumsfraktion heisst es: „Wir begehren uns, nicht in gouvernementalen, sondern in wahrhaft parlamentarischer Weise, nämlich im Geiste der Achtung gegen das Recht und das Ständes, im Geiste der Freiheit wie der Treue und des Gehorsams gegen die Träger der Autorität in Staat und Kirche, im Geiste des Aufbaues auf geschichtlich und rechtlich gegebenen Grundlagen, an allen auf Verbesserung der öffentlichen Zustände gerichteten Bestrebungen.“ Das sind kesseltrockene Worte, die indessen die Centrumsdemokraten nicht gebindert haben, überall die Richter- und Bebel'schen Demokraten bei den Wahlen gegen die nationalen Kandidaten thätig zu unterstützen.

Beachtet. Es heisst, es sei leichter, ein Vermögen zu erwerben, als ein zu erhalten; wir haben die schwere Aufgabe, ein sehr großes Vermögen zu erhalten. — Abg. Dr. Schädler (Centr.) erklärt, daß seine Partei auch heute gegen die Militärvorlage stimmen werde, da neue Momente zu Gunsten derselben nicht herangezogen seien. Die Verträge, das Centrum zu trennen, hätten das gegenwärtige Ergebnis gehabt. Das Centrum könne einer Vorlage nicht zustimmen, die Deutschland in einen Vorläufer in Friedenszeiten machen müsse und welche dem Volke unerschöpfliche Kosten zumutete. Man möge sich vorlesen! Bald werde versucht werden, neue große Forderungen für die Marine unter einer gewissen Prägnanz in den sicheren Hafen hinein zu bugsiiren. Es habe sehr andere wichtigeren Aufgaben: Man möge dem Klein-Bauerstand zu Hilfe kommen; die Millionen, die dafür verwendet würden, seien am Besten angelegt. (Beifall im Centrum.) — Abg. Richter (Centr.): Von entscheidender Bedeutung ist für uns die zweijährige Dienstzeit und die Deduktionsfrage. In bezug auf die Ablehnung des Antrages Caprivi; nachdem diese Ablehnung aber erfolgt sei, müssen wir uns mit der bindenden Erklärung des Reichstages begnügen, daß innerhalb der laufenden Periode eine Wiederholung der zweijährigen Dienstzeit nicht eintreten werde, wenn nicht ganz unvorhergesehene und unübersteigbare Schwierigkeiten eintreten. Bezüglich der Deduktionsfrage hat der Reichskanzler erklärt, daß dieselbe nicht durch Steuern auf notwendige Bedarfsartikel gelegt werden soll. Wir nehmen an, daß der Reichskanzler zu diesen Erklärungen von entscheidender Stelle ermächtigt worden ist. — Reichskanzler Graf v. Caprivi: Diese Auffassung ist richtig. — Abg. Richter (Centr.) bedauert, daß die Annahme auf Veränderung der Futterkosten nicht mehr zur Beratung kommen und bittet die Regierung, die Anträge trotzdem zu berücksichtigen. — Die Debatte wird geschlossen. — Nachdem die Vorlage in ihren einzelnen Theilen angenommen worden ist, wird sie in der Gesamtabstimmung mit 201 gegen 185 Stimmen eadigst angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, die Reichspartei, Nationalliberale, freisinnige Vereinigung, Antisemiten und Polen, sowie von den Welfen Abg. Graf Wismar, Fein, Carolath, Höfde, Febr. v. Dornstein u. Hiesauf wird der Nachtragsetzt und das Reichskanzler zur Durchführung der Militärvorlage in dritter Beratung debattirt angenommen. — Reichskanzler Graf Caprivi verliest darauf eine kaiserliche Botschaft, mittels welcher die Session des Reichstages für geschlossen erklärt wird. Der Reichskanzler sagt hinzu, daß das Ergebnis der Verhandlung die verbindlichen Bestimmungen mit hoher Befriedigung erfüllt; unerträglich ließe bei demselben die Ueberzeugung sein, daß die Vorlage nur das Wohl der Nation verfolge. Er sei vom Kaiser beauftragt, dessen Dank dem Reichstage für seine patriotische Mitwirkung auszusprechen. — Unter einem vom Präsidenten von Lieberow ausgesprochenen und vom Reichstage beschlossenen dreifachen Hoch auf den Kaiser, die Sozialdemokraten hatten, wie üblich, schon vorher den Saal verlassen, ging die Versammlung auseinander.

Der Umkehrung, der in dem Verhältnis des Centrums zur Regierung eingetreten ist, ist wiederholt sehr deutlich im Verlaufe der letzten Reichstagsverhandlungen zum Ausdruck gekommen. So lange der Reichskanzler in dem Centrum einen Machtfaktor sah, mit dem er unter allen Umständen rechnen zu müssen glaubte, behandelte er die ultramontanen Volksworte mit ausgesprochenem Wohlwollen und mit liebenswürdigem Entgegenkommen. Andererseits waren die Liberalen früher erschrocken bemüht, Alles zu vermeiden, um dem Grafen von Caprivi Unannehmlichkeiten oder Hindernisse zu bereiten. Ihm zu Liebe verzichteten sie wiederholt auf die dem Reichskanzler unbequeme Beratung des Antrages auf Aufhebung des Reskriptes. Es ist ferner noch gar nicht so lange her, daß Dr. Lieber und Genossen auf den Rathsoberverhandlungen am Rhein und in Schlesien den Grafen von Caprivi mit Lobeshochrufen überschütteten, ihn gegen die angeblichen Angriffe leitens des Fürsten Bismarck verteidigten, den sie mit einer Fluth von Gemeinheiten beehrten. Wie anders sind heute die Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem Centrum! Der erste Redner, der vom Centrum bei der Beratung der Militärvorlage zu Worte kam, der Abg. Groeber, wandte sich sofort in den schärfsten Ausdrücken gegen den Grafen von Caprivi. Zuerst pries man besonders die ritterliche Ehrlichkeit und Offenheit des Reichskanzlers; jetzt warf der Abg. Groeber ihm ziemlich unverschämte persönliche Vorwürfe vor, das man sonst vielleicht nur beim Hochhohn finden würde. Nicht minder scharf war die Antwort des Grafen von Caprivi. Er stellte die Liberalen auf eine Stufe mit den Sozialdemokraten und den Freisinnigen vom Richter'schen Schlege und versicherte, daß ihn die demokratischen Anschauungen des Abg. Groeber nicht in Erlaunen setzen könnten, seitdem das Centrum aus einer katholisch-konfessionellen Partei in eine demokratisch-politische umgewandelt sei. Diese Tonart spiegelt deutlich wieder, wie das Centrum gegenwärtig in Regierungskreisen angesehen ist, wo ehemals das Centrum als die feste Stütze der Regierung, als eine staats-erhaltende Partei geschätzt wurde. Und noch drastischer wurde das Verhältnis des Centrums zur Regierung charakterisirt, als Graf von Caprivi in dem Duell mit Dr. Lieber sich veranlaßt sah, den Alt-Reichskanzler gegen die Angriffe des Centrumsdemokraten in Schutz zu nehmen. „Es hat mich betäubt, zu hören“, sagte der Reichskanzler, „daß der Abg. Lieber das Beispiel, das mein Amtsvorgänger mir gegeben hat, kurzweg als schlecht bezeichnet.“ Noch vor einem Jahre glaubte der „Kriegsrufer“ Lieber mit seinen Verunglimpfungen des Fürsten Bismarck Anerkennung und Dank zu ernten und zwar dort, wo er heute um dieser Schmähungen willen mit Entschiedenheit zurückgewiesen wird.

**Personen- und Fernsprech-Berichte vom 15. Juli.**  
Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst dritte Beratung der Militärvorlage. Abg. Graf v. d. Decken (Bebel) erklärt Namens seiner Partei, daß sie gegen die Vorlage stimmen werde, als die Folge der Ereignisse von 1886 und einer Politik, bei welcher Gewalt vor Recht und Moral geht. Sie könnten die Vorlage nicht einer schwankenden Regierung bewilligen, die nicht einmal ihren Freunden den Erfolg verbürgen kann. — Abg. Bebel (son.): Das Volk in seiner Mehrheit ist gegen die Vorlage. Bei allen Nationen, auch bei der französischen, ist das Bedürfnis vorhanden, dem Zustand der dauernden Kriegerien ein Ende zu machen. Daulongue habe sich nur infolge der Bismarck'schen Politik eine Zeit lang halten können. Das französische Volk könne die Zeit nicht länger ertragen. Die Heftigkeit der Vorlage wäre im Jahre 1891/92 erheblich niedriger gewesen als im Vorjahre; auch das Beweise, daß Frankreich an der Grenze der Vollunfähigkeit angelangt sei. Er habe nie, wie Herr v. Stumm ihm zugerechnet habe, eine Aenderung gethan, dahin gehend, daß wir Frankreich als Vorbedingung auf dem Präsidentenstuhl darrbringen sollten, er habe nur verlangt, daß die Annexion Elsass-Lothringens ein politischer Fehler gewesen sei. Ebenso wenig wie Frankreich sei auch Russland in der Lage, einen europäischen Krieg zu entfesseln, die traurige ökonomische Lage Russlands mache das unmöglich. Wenn das Vaterland wirklich in Gefahr kommen, wenn der Reich gemacht werden sollte, Deutschland Provinzen fortzunehmen, werde das Land von den Arbeitern geschützt werden, nicht von der Bourgeoisie. Die von den Sozialdemokraten verlangte Wehrgesetzorganisation entspreche den Verhältnissen Schwarzburg's. Für die Militärvorlage ist die Mehrheit eine sehr kleine; im kommenden Winter würde für die meisten Vorlagen der Regierung überhaupt keine Mehrheit mehr zu haben sein. Alle Gleichungen für die ärmere Bevölkerung würden sicher abgelehnt. An dem Reich hätten vorwiegend die Reichen ein Interesse, mögen sie auch die Lasten tragen. Führe man doch eine vorwärtige Reichseinkommensteuer auf die Einkommen von über 6-8000 Mark ein. Mit der Einkommensteuer werde nur ein kleiner Theil der reichen Leute bestrafen; Lohnsteuern bringen nichts ein. Durch die drückende Steuerreform seien die Besitzenden entlastet worden. Die Agnaten zahlten zu den Kosten des Deutschen Reiches keinen Pfennig, sie bezogen noch Zehntausende und verzögerten ihre Söhne in der Arme. (Redner wird zur Ordnung gerufen, weil er behauptet habe, die Vorlage sei nur zur Ausbeutung der Arbeiter gemacht.) Lieber die hohen Ausgaben für die Militärwende vergesse man alle Kulturaufgaben. Zur Ausbildung von je sechs Soldaten werde ein Unteroffizier angestellt, während in Preußen durchschnittlich auf je 70 Schulfänger ein Lehrer kommt. Also nieder mit dem Militarismus! — Abg. von Kardoss (Np.): Gegenüber der Behauptung Bebel's, daß die Franzosen sehr friedlich seien und daß der Wohlstand des Reiches ganz harmonisch gewesen sei, sei doch auf die amtlich veröffentlichten Aktenstücke zu verweisen, aus denen zur Evidenz hervorgehe, daß wir 1887 vor einem Kriege standen. Es sei schade, daß Bebel nicht im französischen Parlament sitze, um seine friedlichen Anschauungen den Franzosen einzulösen. Was Bebel heute über Russland gesagt, sei etwa das Gegenstück dessen, was er in der Kommission vorgebracht habe. Bebel behaupte immer, daß alle Lasten auf die Arbeiter abgemäht würden, die Sozialdemokratie lege ihre Anhängerschaft eine Steuer auf, die viel höher sei als die, welche der Staat fordere. Die militärische Belastung sei bei uns pro Kopf der Bevölkerung niedriger als in vielen anderen europäischen Ländern. Er stimme für die Militärvorlage mit der zweijährigen Dienstzeit, nachdem die dreijährige Dienstzeit thatsächlich nicht mehr durchzuführen sei. Bezüglich der Deduktionsfrage habe er volles Vertrauen zum Finanzminister Dr. Wäcker, der die landwirthschaftlichen Verhältnisse besser kenne als mancher hohe Staatsbeamte, auch wenn er selbst mit Grundbesitz behaftet sei. Die Regierung müsse im Interesse unserer Wehrkraft Maßnahmen gegen die Entvölkerung des platten Landes ergreifen, denn in dem Maße, in dem sich das platte Land entvölkere, nehme die Wehrkraft ab. Das Hauptergebnis der Wahlen sei die Wiederbelebung des nationalen Bewußtseins; welche Partei mehr oder weniger angenommen oder verloren habe, das komme dem gegenüber nicht in

Beachtung. Es heisst, es sei leichter, ein Vermögen zu erwerben, als ein zu erhalten; wir haben die schwere Aufgabe, ein sehr großes Vermögen zu erhalten. — Abg. Dr. Schädler (Centr.) erklärt, daß seine Partei auch heute gegen die Militärvorlage stimmen werde, da neue Momente zu Gunsten derselben nicht herangezogen seien. Die Verträge, das Centrum zu trennen, hätten das gegenwärtige Ergebnis gehabt. Das Centrum könne einer Vorlage nicht zustimmen, die Deutschland in einen Vorläufer in Friedenszeiten machen müsse und welche dem Volke unerschöpfliche Kosten zumutete. Man möge sich vorlesen! Bald werde versucht werden, neue große Forderungen für die Marine unter einer gewissen Prägnanz in den sicheren Hafen hinein zu bugsiiren. Es habe sehr andere wichtigeren Aufgaben: Man möge dem Klein-Bauerstand zu Hilfe kommen; die Millionen, die dafür verwendet würden, seien am Besten angelegt. (Beifall im Centrum.) — Abg. Richter (Centr.): Von entscheidender Bedeutung ist für uns die zweijährige Dienstzeit und die Deduktionsfrage. In bezug auf die Ablehnung des Antrages Caprivi; nachdem diese Ablehnung aber erfolgt sei, müssen wir uns mit der bindenden Erklärung des Reichstages begnügen, daß innerhalb der laufenden Periode eine Wiederholung der zweijährigen Dienstzeit nicht eintreten werde, wenn nicht ganz unvorhergesehene und unübersteigbare Schwierigkeiten eintreten. Bezüglich der Deduktionsfrage hat der Reichskanzler erklärt, daß dieselbe nicht durch Steuern auf notwendige Bedarfsartikel gelegt werden soll. Wir nehmen an, daß der Reichskanzler zu diesen Erklärungen von entscheidender Stelle ermächtigt worden ist. — Reichskanzler Graf v. Caprivi: Diese Auffassung ist richtig. — Abg. Richter (Centr.) bedauert, daß die Annahme auf Veränderung der Futterkosten nicht mehr zur Beratung kommen und bittet die Regierung, die Anträge trotzdem zu berücksichtigen. — Die Debatte wird geschlossen. — Nachdem die Vorlage in ihren einzelnen Theilen angenommen worden ist, wird sie in der Gesamtabstimmung mit 201 gegen 185 Stimmen eadigst angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, die Reichspartei, Nationalliberale, freisinnige Vereinigung, Antisemiten und Polen, sowie von den Welfen Abg. Graf Wismar, Fein, Carolath, Höfde, Febr. v. Dornstein u. Hiesauf wird der Nachtragsetzt und das Reichskanzler zur Durchführung der Militärvorlage in dritter Beratung debattirt angenommen. — Reichskanzler Graf Caprivi verliest darauf eine kaiserliche Botschaft, mittels welcher die Session des Reichstages für geschlossen erklärt wird. Der Reichskanzler sagt hinzu, daß das Ergebnis der Verhandlung die verbindlichen Bestimmungen mit hoher Befriedigung erfüllt; unerträglich ließe bei demselben die Ueberzeugung sein, daß die Vorlage nur das Wohl der Nation verfolge. Er sei vom Kaiser beauftragt, dessen Dank dem Reichstage für seine patriotische Mitwirkung auszusprechen. — Unter einem vom Präsidenten von Lieberow ausgesprochenen und vom Reichstage beschlossenen dreifachen Hoch auf den Kaiser, die Sozialdemokraten hatten, wie üblich, schon vorher den Saal verlassen, ging die Versammlung auseinander.

Berlin. Der Kaiser fuhr heute um 3/4 Uhr Nachmittag in das Reichstagsgebäude ein und besah sich sofort in das Zimmer des Reichskanzlers, der dort bereits auf ihn wartete. Die erste Begegnung des Kaisers im Parlamentsgebäude erregte im Hause wie bei den jährlich versammelten Publikum großes Aufsehen. Auch Reichherz v. Stumm wurde zum Kaiser berufen, man nimmt an, daß ihm eine Auszeichnung zu Theil geworden sei, da er nach seiner Rückkehr in den Reichstag von den Herren am Bundesrathstisch beglückwünscht wurde. — In der Kaiserreisen berichten unmaßigliche Blätter, daß nach Beendigung der österreichischen Manöver bei Weisenburg gegen Ende September Kaiser Wilhelm mit dem Kaiser Franz Josef und dem König von Sachsen das erste Jahr zusammen werde, um die Manöverarbeiten an der Donau zu beichtigen. In Altdorf werden die Fürstlichkeiten vom König Alexander von Serbien, in Linn Severin vom König Karl von Rumänien begrüßt werden. Es gilt als sicher, daß die hohen Gäste auch Sinala besuchen werden, um die hauptstädtlichen Befestigungsarbeiten zu beichtigen.

Berlin. Am königlichen Laboratorium Spandau hat heute Vormittag eine verhängnisvolle Explosion stattgefunden. Zwei Männer und drei Frauen sind sehr schwer verletzt, außerdem wurden etwa 20 Leichtverwundete gezählt.

Berlin. Die Abreise der kaiserlichen Majestäten und ihres Gefolges nach Kiel findet bereits heute Abend statt. Von dort soll die Einschiffung zunächst nach Boholm am Montag erfolgen. — Der Vorstand des Bundes der Landwirthe hat beschlossen, eine Enquete über das Verhältniß der Groß- und Detailpreise landwirthschaftlicher Produkte, Reich, Brot u. v. m., anzuordnen, um das getammte Material zu sammeln. Nach Beendigung des Materials will der Vorstand etwaige Anträge den verbündeten Regierungen unterbreiten. — Der Reichskanzler Graf v. Caprivi muß auf ärztlichen Rath noch immer die größte Enthaltensamkeit im Gehen üben und das trank Wein mit Umsicht abhandeln. Infolge der mehrfachen Unterbrechung der Kur durch die Teilnahme des Reichskanzlers an den Reichstagsverhandlungen hat das, wenn auch ungeschickliche, doch nicht wenig schmerzhaft Verleiden jetzt nur wenig zurücktreten können.

Berlin. Durch ein in London am 13. und hier am heutigen Tage vollzogenes Protokoll ist Großbritannien der Dresdener Sanitätskonvention beigetreten.

Berlin. Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei wurde vom Abg. Richter mit einer längeren Rede eröffnet, in welcher er die Trennung der Partei zu rechtfertigen suchte. Der Parteitag beschloß die Vertheidigung der Verzeihung „freisinnige Volkspartei“, ferner daß aller drei Jahre ein Parteitag stattfinden solle. — Der Reichstagsabgeordnete Freiberger v. Stumm erhielt den Charakter als Major.

Frier. Während eines betriegen Gewitters wurden heute am Her der Meiel drei Personen unter einem Baume vom Blitz erschlagen.

Posen. In einem Bortwe einerer Stadt ist ein 23jähriges Mädchen vor sechs Tagen in einen Schloß verfallen, aus dem es bisher nur durch künstliche äußere Mittel auf Augenblicke erweckt werden konnte. Das Mädchen wird durch künstliche Ernährung erhalten. Der Fall erregt in ärztlichen Kreisen großes Aufsehen.

Schneidemühl. Der erste Bürgermeister Wolf hat sich nach Berlin begeben, um die militärische Genehmigung zur Veranstaltung einer Lotterie für die vom Brunnengrundstück Betroffenen zu erwirken.

Frankfurt a. M. Der „Frankf. Bl.“ wird aus Konstantinopel gemeldet, der Sultan erbat von England dringend die Regierung des Terminus für die Nennung Caputens. Die Abweisung des britischen Agenten in Caputens, Lord Cromer, steht bevor. München. Letzte wurde die Ausstellung der Seemannsvereine unter großer Teilnahme von Ehrenmitgliedern, Künstlern und Musik-

Blind's herhorte Sinderwiltch. Frosen  
Dresdener Molkeri Gebr. Jbind, Bahndr. 79